

Nachdem dieser in der Landtagssitzung vom 24. Oktober 1918 einen Antrag der Volkspartei auf «Einführung einer parlamentarischen Regierung» mit Hilfe der Landtagsmehrheit auf recht schroffe Art zurückgewiesen hatte, wurde die Stimmung im Land gegen Imhof von führenden Leuten geschickt ausgenutzt. Dr. Martin Ritter, eigens von Innsbruck nach Liechtenstein gereist, versuchte in Gesprächen mit mehreren Abgeordneten, vor allem mit Landtagsvizepräsident Friedrich Walser, diese davon zu überzeugen, dass Landesverweser v. Imhof zum Rücktritt bewegt werden müsse. Dr. Wilhelm Beck, Friedrich Walser und Dr. Martin Ritter gemeinsam gelang es, v. Imhof in Gesprächen vor dem 7. November zur Auffassung zu bringen, dass sein Rücktritt unumgänglich sei. Der Landesverweser war bereit, im Landtag die Vertrauensfrage unter der Bedingung zu stellen, dass ihm persönlich nicht das Misstrauen ausgesprochen werde.

Ritter, Beck und Walser beschlossen noch am 6. November, dass der Landtag anderntags zu einer Sitzung einzuberufen sei, an welcher der Rücktritt v. Imhofs erfolgen und vom Landtag eine provisorische Regierung gewählt werden sollte. Unmittelbar vor der Sitzung vom 7. November wurde die Mehrheit der Landtagsmitglieder – ohne die drei vom Fürsten ernannten Abgeordneten – über den geplanten Schritt informiert.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung gab v. Imhof eine Erklärung ab. Um dem Land die notwendige Ruhe zu geben, wolle er sich dem Wunsch der Bevölkerung nicht mehr entgegenstellen, «an der Spitze der Verwaltung des Landes ein Landeskind zu sehen». Er stellte deshalb eine doppelte Vertrauensfrage: Erstens wollte er wissen, ob der Landtag ihm noch das Vertrauen entgegenbringe, zweitens fragte er, ob es der allgemeine Wunsch sei, dass ein Liechtensteiner an seine Stelle trete. Im letzteren Fall erklärte er sich bereit, dem Fürsten die Bitte zu unterbreiten, ihn seiner Stellung als Landesverweser zu entheben. Mit zwölf gegen die drei Stimmen der fürstlichen Abgeordneten, die anschliessend ihren Rücktritt einreichten, erklärte sich der Landtag mit dem Vorgang einverstanden, sprach v. Imhof das Vertrauen

Die Stimmbürger lehnen eine Einführung des Proporzwahlrechtes ab (30.5.).

Das «St.Galler-Tagblatt» begründet die Proporz-Initiative damit, dass die Machthaber in Liechtenstein einer «einseitigen Parteidiktatur zustreben und systematisch darauf ausgehen, die unbequeme Opposition zu zertrümmern».

Gründung eines Nationalen Olympischen Komitees (16.6.).

Gründung der Scana Conserverfabrik AG Schaan, seit 1972 Hilcona AG (9.12.).

Friedensverhandlungen der Opposition mit der Bürgerpartei scheitern im Dezember.

Die Delegiertenversammlungen der Volkspartei und des Heimatdienstes fassen eine Fusion ins Auge (15.12.).

Die Fusion der Volkspartei und des Heimatdienstes wird bekanntgegeben (21.12.).

Das «Liechtensteiner Vaterland» schrieb Jahre später:

«Der gemeinsame Kampf der beiden Parteien um den Proporz hatte sie, die einander ursprünglich skeptisch gegenüberstanden, zusammengeführt und die Basis geschaffen für eine Fusion».

Die «Vaterländische Union» wird konstituiert (30.12.).